

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10 Gespalt. Kolonelle 35 Wfg., bei Blankverschrift 40 Wfg. Stellenangebote 10 Gesp. Kolonelle 25 Wfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gesp. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Wf. Inserate v. ausw.: die 10 Gesp. Kolonelle 40 Wfg., bei Blankverschrift 50 Wfg., Reklamezeile 2.25 Wf.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Stressemann aktiv gegen Rußland!

Ausfegung der Wirtschaftsverhandlungen

Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Verhaftung deutscher Ingenieure und Techniker im Donezgebiet ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, die Sowjetregierung um sofortige und genaue Aufklärung darüber zu bitten, welche konkreten Beschuldigungen im einzelnen gegen die Verhafteten erhoben werden, und welche Beweise für diese Beschuldigungen vorliegen. Zugleich wird in Moskau auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen die Forderung gestellt werden, daß dem zuständigen deutschen Generalkonsul in Charkow gestattet wird, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen.

Ferner hat der Reichsaussenminister den Sowjet-Botschafter in Berlin auf die Erregung hingewiesen, die der Zwischenfall in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich in den am Wirtschaftsverkehr mit Rußland beteiligten Kreisen, hervorgerufen hat. Er hat dem Botschafter mitgeteilt, daß es infolge der durch den Zwischenfall geschaffenen Sachlage an einer der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gedeihliches Ergebnissen der zur Zeit im Gange befindlichen Wirtschaftsbesprechungen fehle, und daß die Reichsregierung es deshalb für geboten halte, diese Besprechungen bis auf weiteres auszusetzen. Die Reichsregierung hoffe jedoch, daß durch schnelle Beilegung des Zwischenfalles eine Grundlage für die baldige Wiederaufnahme der Besprechungen geschaffen werde.

Das Schicksal der deutschen Ingenieure

W.W. Moskau, 15. März.

Die Tel-Agentur der Sowjetunion meldet: In Moskau eingegangene Nachrichten zufolge befinden sich die wegen revolutionärer Verschwörung gegen die Kohlenindustrie des Donezbeckens Verhafteten in Untersuchungshaft in Kozlow am Don. Eine dringliche Untersuchung ist im Gange.

SPD Berlin, 16. März. (Radio.)

In dem Donezgebiet sind bereits 117 Ingenieure und Techniker „als unzuverlässig entlassen“ worden.

Ein Wehrwolf-Waffenlager entdeckt

SPD Hamburg, 16. März (Radio.)

Am Donnerstagvormittag wurde in Hantstedt bei Wismar an der Lohse ein Wehrwolfnest ausgehoben. Durch die staatliche Polizei fanden in Hantstedt Hausdurchsuchungen statt, bei denen eine Menge Waffen und Munition beschlagnahmt wurden. Gefunden wurden etwa 10 Maschinengewehre, viele Gewehre, Munition und Handgranaten. Zwei Personen wurden vorläufig verhaftet. Hantstedt und Umgebung war schon seit Wochen als Tummelplatz schwarzweilroter Organisationen bekannt. Sie glauben, mit der Republik ihr Spiel treiben zu können. Als Republikaner wurde man in jener Gegend gemeinhin angesehen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß es endlich gelungen ist, das Nest zu zerstören. Hoffentlich greift die Staatsanwaltschaft zu und tut, was in diesem Falle ihre Pflicht ist.

Das neue deutsche Memorandum

W. Genf, 15. März.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht die Vorschläge, die die deutsche Delegation heute, wie schon kurz gemeldet, in Form eines Memorandums zur Frage der Veröffentlichung des gesamten Rüstungsstandes der Staaten der Vorbereitenden Abrüstungskommission eingereicht hat. Das deutsche Memorandum weist ausdrücklich auf Artikel 8 des Völkerbundespaktes hin, der den Mitgliedsstaaten die Verpflichtung auferlegt, offen sämtliche Material über den Stand ihrer Rüstungen, Flotten und Luftfahrtsprogramme bekannt zu geben, sowie auch über die Bedingungen, unter denen ihre Industrie für den Krieg verwendet werden könne. Es heißt sodann im deutschen Memorandum, daß genaue Angaben über den Rüstungsstand die Basis bilden, auf der das Vertrauen in die Garantien eines allgemeinen Friedens beruhen. Es sei unmöglich, sich eine Vorstellung von der nationalen Sicherheit zu machen, solange nicht die Staaten über den Rüstungsstand der übrigen Mächte genau unterrichtet seien. Ferner sei es unmöglich, einen Ausgangspunkt für einen allgemeinen Plan zur Abrüstung zu finden, solange nicht der gegenwärtige Rüstungsstand vollständig bekannt sei. — Es wird sodann vorgeschlagen, daß das militärische Jahrbuch des Völkerbundes durch eingehende statistische Tabellen ergänzt werden soll, die entsprechend dem Artikel 8 des Völkerbundespaktes folgende drei Kapitel behandeln sollen:

1. der Grad der gegenwärtigen Rüstung,
2. das Programm der militärischen, der See- und Luftfahrts-abrüstung,
3. die Bedingungen, unter denen die Industrie eines Landes zu Kriegszwecken verwendet werden kann.

Zu diesem Punkte weist das Memorandum darauf hin, daß es von großer Bedeutung sei, zu wissen, in welchem Grade die Privatindustrie und die staatliche Industrie eines Landes in Friedenszeiten für Rüstungszwecke verwendet werden würde. Ferner müsse Klarheit darüber bestehen, welche Höchstleistung die Rüstung eines Landes in Kriegszeiten aufweisen könne und in welchem Grade die Industrie, die in Friedenszeiten nicht für die Fabrikation von Kriegsmaterial verwendet würde, in Kriegszeiten dazu herangezogen werden könnte. Des weiteren müsse geprüft werden, in welchem Umfange die Staaten das für Kriegszwecke notwendige Rohmaterial entbehren und inwiefern weit die Staaten von der Einfuhr von Kriegsmaterial abhängig seien. — Dem deutschen Memorandum sind sodann 14 bis ins einzelne ausgearbeitete Tabellen beigelegt, die von den Staaten jährlich ausgefüllt werden sollen.

Vorbereitende Abrüstungskommission

Die fünfte Sitzung in Genf

SPD Genf, 15. März.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission ist am Donnerstag in Genf zu ihrer 5. Sitzung zusammengetreten. 24 Staaten nehmen an den Sitzungen teil, darunter Rußland, die Vereinigten Staaten und die Türkei, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Weber die Tagesordnung nach der Verlauf der ersten Sitzung lassen hoffen, daß man zu praktischen Ergebnissen kommen wird. Am Freitagvormittag soll der erste Tagesordnungspunkt, Bericht der Sicherheitskommission, behandelt werden. Da die Sicherheitskommission selbst vorgeschlagen hat, ihre Musterentwürfe usw. einer zweiten Lesung zu unterziehen und sie dann an die Völkerbundsversammlung zu geben, dürfte dieser Punkt mit einigen freundlichen Komplimenten für die Sicherheitskommission abgetan werden, wenn nicht die Gegner einer sofortigen Abrüstung die Gelegenheit benutzen, darauf hinzuweisen, daß die Sicherheitskommission noch nicht fertig sei und infolgedessen die Abrüstungskommission nicht weiterarbeiten könne.

Der russische Abrüstungsvorschlag widerspricht fast allen Vorkäufen, die namentlich die Großmächte bisher gemacht haben. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß bei diesem Tagesordnungspunkt eine sehr scharfe Debatte erfolgt. Der Abrüstungsplan der Kommission wird erst am kommenden Montag behandelt werden, da die Türkei in der Eröffnungsitzung hat, bis zum Erscheinen ihres Außenministers zu warten. Bisher stehen sich hier nach wie vor Frankreich und England in der Frage der Flottenabrüstung, Frankreich und Deutschland in der Frage der Reserven und des Kriegsmaterials schroff gegenüber, während Italien, Japan und die verschledenen andern Staaten gleichfalls bei wichtigen Punkten Vorbehalte angemeldet haben.

In der ersten Sitzung meldete der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, einen wichtigen deutschen Antrag an, der auf eine vollständige Veröffentlichung aller Rüstungsmagnahmen auf Grund des 8 des Völkerbundespaktes hinausläuft. Während bisher im militärischen Jahrbuch des Völkerbundes die einzelnen Staaten nach eigenem Belieben dürftige Angaben über ihre Rüstungen machen konnten, verlangt der deutsche Vorschlag, daß, wie es der 8 vorschreibt, ganz genaue Angaben über deren Stärke, Reserven, Bewaffnung und lagerndes Kriegsmaterial, Rüstungsprobleme und Kriegsindustrie gemacht werden. Leider besteht keine Aussicht, daß die Staaten dem deutschen Antrag folgen werden und ihre Karten vollständig aufdecken.

Obstruktion im Belgrader Parlament

W. Belgrad, 15. März.

In Abwesenheit ihres Führers Raditsch setzte die bürgerlich-demokratische Koalition in der heutigen Sitzung der Skupstina ihre Obstruktion fort. Sie stellte zahlreiche Dringlichkeitsanträge. Den ganzen Tag über dauerte die Obstruktion an, so daß die Regierung die Verhandlungen über den Staatsvoranschlag auch in den Abendstunden noch nicht auf die Tagesordnung setzen konnte.

Die Arbeiterklasse und der Weltfriede

Weltproletariat und Abrüstung

Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist nur insofern lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisationen bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder. (Statuten der S.A.I.)

III.

K. L. Es kann unter Sozialisten darüber keinen Streit geben, daß der Kampf gegen Militarismus und Imperialismus im eigenen Lande zu beginnen hat und hier den günstigsten Rückhalt findet. Auch das betont der Bericht der Abrüstungskommission der S.A.I. mit Recht, daß dieser Kampf durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten auszuüben ist. Der Kampf gegen den Militarismus ist, wie wir gesehen haben, infolge der Veränderungen der technischen Kriegsbedingungen heute von anderer Art als früher. Die Begrenzung und selbst die vollständige Beseitigung der „militärisch sichtbaren“ Rüstungsbestände bedeutet noch lange keine praktische Abrüstung. Insofern ist heute der Kampf gegen Militär- und Marinerrüstungen nur ein geringfügiger Teil proletarischer Friedenspolitik. Dieser Kampf aber ist der erste Ansatzpunkt für den offenen Kampf gegen den Imperialismus und hat keine praktische Bedeutung vor allem deshalb, weil das Militär noch eine wichtige Waffe im „innerpolitischen“ Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist und im Militarismus der organisatorische Machtapparat für die künftigen Kriege ist. Dieser Apparat bezieht sich sowohl auf die Mittel des Kriegshandwerks als auch auf die ideologische Verfeinerung der Volksmassen während des Krieges. Ist der Kampf gegen den Militarismus auch vornehmlich ein Kampf gegen die rüstungsfreudige Bourgeoisie des eigenen Landes, so muß er doch im Zeitalter des Imperialismus nach einheitlichen Grundsätzen von allen sozialistischen Parteien geführt werden. Es geht nicht an, daß jede sozialistische Landespartei sich ihre eigene Stellung zur Militärfrage zurecht macht und danach ihre Militärpolitik besorgt. Die Aufstellung einheitlicher Grundsätze macht die proletarische Internationale jedoch erst dann zur „lebendigen Wirklichkeit“, als diese Grundsätze für alle ihre Teile bindend sind. Einheitliche Grundsätze — das besagt natürlich nicht, daß die jeweiligen Besonderheiten jedes Landes, die sich aus der ihm eigenen ökonomischen und politischen Struktur ergeben, außer acht gelassen werden sollen. Solche Grundsätze den jeweiligen Besonderheiten entsprechend in Anwendung zu bringen, ist die praktische Aufgabe einer jeden sozialistischen Landespartei. Borerst werden sich diese allgemeinen Richtlinien auch nur für die imperialistisch-aktiven Länder (England, Deutschland, Frankreich, Italien, USA. usw.) und ihre mächtvollsten Anhängel, die selbstständig keine aktiv-imperialistische Politik entfalten können (Kleine Entente, Polen, Belgien usw.), einheitlich angeben lassen.

Hier muß als allgemeine Forderung in erster Linie erhoben werden: die vollständige Abschaffung der Armeen. Selbstverständlich wissen wir, daß diese Forderung, die in dem S.A.I.-Bericht nicht aufgestellt ist, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unerfüllbar bleibt. Aber indem wir diese Forderung erheben, machen wir den proletarischen Massen die Bedeutung dieses Kampfes klar und zeigen ihnen, daß der wahre Erfolg unseres Kampfes erst mit der Errichtung des Sozialismus herbeigeführt werden wird. Diese allgemeine grundsätzliche Einstellung der sozialdemokratischen Parteien muß ebenso selbstverständlich werden wie die übliche grundsätzliche gegnerische Einstellung der Sozialdemokratie zur Zollpolitik, wo wir auch genau wissen, daß die Abschaffung der Zölle im Kapitalismus nicht erreichbar ist. Die selbstverständliche Folge einer solchen grundsätzlichen Stellungnahme ist die Ablehnung aller Militärkredite, die im Bericht ebenfalls nicht gefordert wird. Vom Standpunkt der prinzipiellen programmatischen Einstellung sind dann natürlich Forderungen zu erheben, die die sozialdemokratische Militärpolitik unter den unmittelbaren, durch die augenblicklichen politischen Kräfteverhältnisse angezeigten Möglichkeiten betreffen. Hier sind in dem Bericht einige erfreuliche Programmpunkte zu finden. Der Bericht sagt:

„Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeresystems freigestellt werden, so lenkt andererseits die S.A.I. die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die ein neuer Typus der Heeresorganisation bietet, der einen festen Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benennung großer Massen für eine Angreifaktion, so daß er die Gefahren des Militärsystems mit denen des Berufsheeres vereinigt. Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Militärsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden und ebenso, daß irgendwo, namentlich in den Ländern der Berufsheere, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gewaltige Massen zu einem plötzlichen Angriff zu verwenden.“
Wenn dieser Teil des Berichtes auf dem Brüsseler Kon-